

Die EU und die Eurokrise

Beiträge zur Debatte von Hartmut Elsenhans,
Wilhelm Ersil und Helmut Matthes





Inhalt

Hartmut Elsenhans

Für eine Erneuerung des Kapitalismus 3

Wilhelm Ersil

Die Europäische Union: Einheit, Differenzierung und Spaltungen 13

Helmut Matthes

Vergebliche Rettungsversuche und notwendiges Handeln 20

Für eine Erneuerung des Kapitalismus

Hartmut Elsenhans

Einige Feststellungen gleich zu Beginn:

1. In der Eurokrise geht es nicht darum, wer die Schulden bezahlt, die die schwächeren Wirtschaften der Eurozone aufgenommen haben; die „Reichen“ müssen es tun, selbst wenn sie Deflationspolitiken verordnen.
2. Die Krise ist Folge von Steuerungsproblemen, von denen die führenden Wirtschaften profitierten.
3. Das bisherige Modell ist gescheitert. Die Lösung liegt nicht in mehr Austerität und Sparen, sondern in der Erweiterung der Nachfrage. Nur eine keynesianische Position, welche die reale Wirtschaft und die Bedeutung der Massennachfrage für den Profit in den Vordergrund stellt, ist geeignet, den für die Weiterführung des europäischen Projekts notwendigen Wandel der Wirtschaftspolitik zu begleiten; nur sie kann der Rahmen für eine Konzertierung der Mitgliedsländer sein. Die Eurokrise ist eine Chance, auf dem Weg eines integrierten und dann auch sozialen Europas voranzukommen.

Fakten, Fakten, Fakten

Damit Letzteres geschehen kann, müssen wir uns allerdings von lieb gewonnenen Vorstellungen trennen, die schon immer falsch waren. Dazu gehört die Auffassung, Geld mache reich. Volkswirtschaften können langfristig nicht mehr konsumieren, als ihre reale Wirtschaft erbringt, völlig unabhängig vom Geld, über das sie verfügen. Wenn Geld kein Wert ist, kann volkswirtschaftlich auch nicht gespart werden. Sparen ist keine Tugend mehr, wenn alle es tun können. Sparen ist eine Bedrohung für Arbeitsplätze. Dass Geld kein Wert ist und Sparen keinen Wert schafft – dagegen werden sich diejenigen wenden, die über hohe finanzielle Ressourcen verfügen. Die Gesamtheit der Geldkapitalbestände in Deutschland ist heute nach Abzug der Verbindlichkeiten der privaten Haushalte über eineinhalbmal (170 Prozent) so groß wie die jährliche Wirtschaftsleistung (Volkseinkommen). Ihre Wertlosigkeit würde deutlich, wenn man alles Geld umwandelte in Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen: Die Wirtschaft könnte nicht eineinhalbmal so viel zusätzlich produzieren wie in einem Normaljahr. Inflation oder massive Importe wären die Folge. Dem Geld stehen also keine „echten“ Werte gegenüber. Entscheidend ist deshalb die reale Wirtschaft, sie muss belebt werden. Das kann jedoch nur gelingen, wenn wir begreifen, dass Wohlstand erarbeitet werden muss und nicht aus Geld entsteht.

Geld allein ist nicht alles

Geldschöpfung ist die Aufgabe des Bankensystems. Lange vor dem Kapitalismus – schon im Mittelalter und, wie wir heute wissen, nicht allein in Europa, sondern in vielen Weltregionen, in denen sich der Kapitalismus erst im 20. Jahrhundert etablierte – wurde Geld „geschöpft“. Der Grund dafür ist sehr einfach: Wer einen Kunden für die „Früchte seiner Arbeit“ gefunden hat, besitzt nicht schon automatisch das Geld, um die Produktion zu finanzieren. Wer Kleider verkaufen will, braucht Stoff, zur Herstellung des Stoffes Fasern und Arbeitskräfte. Er erhält sein Geld jedoch erst, wenn er die Güter liefern kann. Folglich braucht er Kredit. Es bedarf keiner wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung, damit Produzenten erkennen können, dass es in ihrem Interesse ist, sich gegenseitig Kredite zu geben.

Geldschöpfung

Die Europäische Union: Einheit, Differenzierung und Spaltungen

Wilhelm Ersil

Die Europäische Union befindet sich in der ernstesten Lage ihrer Geschichte, an einer Wegscheide mit gewaltigen Herausforderungen. Die Situation ist sowohl durch die Wirtschafts- und Finanzkrise als auch durch soziale und politische Verwerfungen charakterisiert. Einschneidend sind die Konsequenzen für die Integration: Eine wachsende Zahl von Bürgern verliert das Vertrauen in die Union und selbst in den Nutzen der ökonomischen Integration. Die EU tangiert immer massiver politisch empfindliche Lebensbereiche, einige Volkswirtschaften schrumpfen oder befinden sich gar in einer Rezession. Die Akzeptanz für weitere Integrationsschritte schwindet. Bestürzend ist der Vertrauensverlust besonders in Südeuropa. Soziale Verwerfungen wachsen auf ein bislang ungekanntes Ausmaß, hohe Arbeitslosigkeit grassiert, Ansätze einer „Sozialunion“ bleiben auf der Strecke. Auch Nationalismus gewinnt in verschiedenen Schattierungen an Boden, wirtschaftliche, soziale, politische sowie institutionelle Ungleichgewichte bedrohen die Einheit und Kohäsion der Union. Hauptverantwortlich dafür ist der neoliberale Kurs der Regierungseliten zugunsten des großen Kapitals. Damit verbundene Grundüberzeugungen der Hauptakteure wurden im Verlauf der Wirtschafts-, Finanz- und Schuldenkrise nicht wirklich erschüttert. Die vielen Gipfeltreffen, Konferenzen, immer neuen Pakte und Überwachungsmechanismen sind nicht nur „potemkinische Veranstaltungen“. Grundprobleme der EU werden jedoch lediglich in Ansätzen angegangen. Unter dem Druck der herrschenden Klasse, von Wirtschaftseliten in der politischen Führung, wird ein neoliberal orientiertes Krisenmanagement durchgesetzt. Stichworte sind: verschärfter Stabilitätspakt, Fiskalvertrag, Schuldenregime, Stabilitätsmechanismus, Bankenunion. In einigen Mitgliedsstaaten tritt jedoch die Krise der politischen Systeme immer offensichtlicher zutage, das Demokratieverfall der EU spitzt sich zu, quer durch die Union wird die bürokratische Monstrosität beklagt und Institutionen müssen keine demokratische Rechenschaft ablegen.

**Bedenkliche
Entwicklungen**

Die EU und insbesondere die Währungszone kämpfen trotz gegenteiliger Beteuerungen weiter mit großer Unsicherheit. „Die Krise ist noch lange nicht vorbei, im Gegenteil, sie spitzt sich gerade zu – nicht nur ökonomisch, sondern vor allem politisch“, urteilt der Soziologe Ulrich Beck. Für ihn zeichnen sich eine neue Dynamik transnationaler sozialer Ungleichheit und eine Inflation drohender Katastrophen ab. Rigoroser Druck der Troika, bestehend aus Europäischer Zentralbank (EZB), Internationalem Währungsfond (IWF) und EU-Kommission, sowie mangelnde Solidarität der „Kernländer“, insbesondere der Bundesrepublik, mit Krisenstaaten drohen nicht nur die Eurozone weiter zu spalten, sondern gefährden auch das Projekt eines „vereinigten Europa“. Angesichts dieser Lage werden von unterschiedlichen Kräften Ideen zur Stabilisierung und neuen Ausrichtung sowohl der Währungszone als auch der EU vorgebracht. Die Auseinandersetzung um die Perspektiven der Union gewinnt an Raum und Schärfe. Dabei müssen die Differenzierung und Spaltungen in der Europäischen Union ein zentraler Aspekt sein.

**Gefahren für EU
und Eurozone**

Der Staatenverbund wurde mit jeder Erweiterung vielfältiger: ökonomisch, sozial und kulturell, politisch, regional, institutionell und vertraglich – auch mit Blick auf die auswärtigen und sicherheitspolitischen Beziehungen. In einer EU mit nunmehr 28

**Differenzierung
in der EU**

Nichts als Krisen

Vergebliche Rettungsversuche und notwendiges Handeln

Helmut Matthes

Gemeinsame Ursachen

Die Eurokrise hält an. Sie entwickelte sich vor dem Hintergrund der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Krise der EU, deren gemeinsame Ursachen folgende sind: die ungenügende politische Koordinierung der ökonomischen Bestrebungen der beteiligten Staaten; die Absichten der großen Konzerne, welche die europäischen Belange in den Hintergrund drängen; die unterschiedlichen Interessen der Bevölkerungsgruppen sowie die Auswirkungen der globalen, regionalen und nationalen neoliberalen Wirtschaftspolitik.

Die Eurokrise ist die Folge von Versäumnissen bei der Festlegung der Währungsunion in den Dokumenten des Maastrichter Gipfels:

Durch Maastricht auf dem falschen Weg

1. Die Integration des Währungssystems wurde ohne die notwendige Klärung und Vertiefung der politischen Union vollzogen.¹ Dies behindert die notwendige Koordinierung und Herausbildung gemeinsamer europäischer politischer und wirtschaftlicher Interessen.

2. Die Integration der Währung wurde ohne wesentliche Fortschritte der Integration im Produktionsbereich und ohne notwendige Konsequenzen für den Binnenmarkt vollzogen. Die Währungsunion wurde nicht mit der notwendigen Herausbildung einer Wirtschaftsgemeinschaft und einer integrierenden koordinierten Wirtschaftspolitik verbunden. Stattdessen wurden freie Konkurrenz und der Kampf um Märkte im Interesse der ökonomisch stärkeren Kräfte (Konzerne und Staaten) ausgeweitet, nicht reguliert.

Nicht beachtet, nicht reguliert

3. In Maastricht wurden die wirtschaftlichen Niveauunterschiede zwischen den Volkswirtschaften ungenügend beachtet. Statt solidarischer Förderung von Konvergenz oder auch von Protektion im Konkurrenzkampf ergaben sich einseitige Vorteile für Kreditgeber und Exporteure. Keine Berücksichtigung fand die begrenzte wirtschaftspolitische Leistungsfähigkeit der schwächeren Staaten und deren Verschuldung infolge nicht produktiven Mitteleinsatzes. Ermöglicht wurde dagegen die Umverteilung zugunsten von Profiteuren, welche die Mittel akkumulierten und transferierten. Der Stabilitätspakt entsprach nicht den gegebenen Stabilitätsbedingungen.

4. Im internationalen Finanzsystem mit seinen Krisen und Geldblasen, der Verselbstständigung des Geldmarktes, den ungenügend regulierten Banken und dem System von Schattenbanken, den neuen Finanzierungsinstrumenten sowie seiner neoliberalen Gestaltung blieb der neue Platz des Finanzkapitals ohne wesentliche Konsequenzen für die Währungsunion.

* Dieser Beitrag stützt sich wesentlich auf Matthes, Helmut: Nach fünf Jahren Finanzkrise kein Ausweg. Oder doch? In: Trillenberger, Wilfried (Hrsg.) / Wohlmuth, Karl / Matthes, Helmut / Busch, Ulrich / Schwarz, Oliver / Roesler, Jörg / Engelstädter, Heinz: Hürdenlauf zu den Vereinigten Staaten von Europa. Berlin 2013, S. 42 -121. Dort sind auch weitergehende Begründungen zu den hier vertretenen Thesen enthalten.

1 Vgl. Matthes, Helmut: Krisen und notwendige Neuorientierungen der Europäischen Union. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Papers. Berlin, Januar 2012.

Welt Trends

www.welttrends.de

WeltTrends Spezial

wird herausgegeben von Heike Winter-Hamerla
im Auftrag von WeltTrends.

Ausgabe 10 (2013)

Hartmut Elsenhans / Wilhelm Ersil / Helmut Matthes:
Die EU und die Eurokrise. Beiträge zur Debatte

Satz/Produktion: Tim Haberstroh
Druck: solid earth, Berlin

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.
Alle Nutzungsrechte liegen bei WeltTrends.
bestellung@welttrends.de

Preis: 4,00 €

ISSN: 2193-0627

ISBN: 978-3-941880-70-2

Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
BRANDENBURG